

Goethe-Universität | 60323 Frankfurt am Main
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Geschäftsstelle der
Regierungskommission
Deutscher Corporate Governance Kodex
c/o Deutsches Aktieninstitut e.V.
Senckenberganlage 28

60325 Frankfurt am Main

15. Dezember 2016

Fachbereich 02
Wirtschaftswissenschaften
Abteilung Rechnungswesen
Professur für Betriebswirtschaftslehre,
insb. Wirtschaftsprüfung und
Corporate Governance

Prof. Dr. Hans-Joachim Böcking
Carolin Althoff
Anika Hanke

Campus Westend | Gebäude RuW
Theodor-W.-Adorno-Platz 4
60323 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 798 34748
Telefax +49 (0)69 798 35012

hjböcking@wiwi.uni-frankfurt.de
althoff@econ.uni-frankfurt.de
ahanke@econ.uni-frankfurt.de
www.accounting.uni-frankfurt.de

Stellungnahme zu den DCGK-Änderungsvorschlägen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex aus der Plenarsitzung vom 13. Oktober 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst danken wir der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (im Folgenden Regierungskommission) für die Gelegenheit, nach der letztmaligen Aktualisierung des Deutschen Corporate Governance Kodex (im Folgenden DCGK) im Jahr 2015 auch zu den diesjährig geplanten Änderungen des DCGK öffentlich Stellung nehmen zu können. Eine Konsultation kann u.E. die Akzeptanz des DCGK erhöhen, sofern die Konsultationsergebnisse ebenfalls transparent werden und bei der Weiterentwicklung des DCGK angemessene Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die diesjährige Entscheidung der Regierungskommission das Konsultationsverfahren durch die Veröffentlichung der eingegangenen Stellungnahmen auf der Webseite der Regierungskommission transparenter zu gestalten.

Die von der Regierungskommission vorgeschlagenen Änderungen begrüßen wir außerordentlich. Der Schwerpunkt auf einem verstärkten Nachhaltigkeitsgedanken als Leitbild einer guten Corporate Governance wird dem aktuell zu beobachtenden gesellschaftlichen Wertewandel gerecht und spiegelt die hohe Relevanz dieser Thematik wider. Ferner begrüßen wir, dass die Regierungskommission – wie schon bei der letztmaligen Aktualisierung des DCGK im Jahr 2015 – Erläuterungen und Begründungen ihrer Vorschläge veröffentlicht hat. Dies stärkt die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Änderungsvorschläge.

Zu den aktuellen DCGK-Änderungsvorschlägen der Regierungskommission aus der Plenarsitzung vom 13. Oktober 2016 möchten wir, wie folgt, Stellung nehmen und uns erneut einige darüber hinausgehende Anmerkungen erlauben.

1 Präambel

Vor dem Hintergrund der derzeit im Umsetzungsprozess befindlichen CSR-Richtlinie begrüßen wir die Aufnahme des Begriffs „[...] ethisch ausgerichtet [...]“. Jene Konkretisierung fußt auf dem Prinzip des Ehrbaren Kaufmanns und bildet die Basis einer nachhaltigen, verantwortungsvollen und nicht nur legalen, sondern auch legitimen Unternehmensführung und -kontrolle.

2 Professionalisierung der Aufsichtsratsstätigkeit

2.1 Kernaufgabe des Aufsichtsrats (DCGK 5.1.1)

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Professionalisierung der Aufsichtsratsstätigkeit sollte – entsprechend unserer letzten Stellungnahmen – der DCGK 5.1.1 geändert werden. Dieser Textziffer nach ist es „Aufgabe des Aufsichtsrats [...], den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig zu beraten und zu überwachen.“ Während die beratende Tätigkeit des Aufsichtsrats gängige Praxis zu sein scheint sowie auch in der (Kommentar-)Literatur und Rechtsprechung regelmäßig vertreten wird, ergibt sich aus dem Gesetzeswortlaut des § 111 Abs. 1 AktG („Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen.“) zunächst (nur) eine klare Aussage zur Überwachungsfunktion des Aufsichtsrats. Deshalb sollte im Sinne der beabsichtigten Beschreibung und Erläuterung gesetzlicher Vorschriften die Vorrangigkeit der Überwachungsfunktion des Aufsichtsrats im Wortlaut des DCGK 5.1.1 betont werden, indem die Reihenfolge in „[...] regelmäßig zu überwachen und zu beraten“ geändert wird. Bei der gegenwärtigen Reihenfolge von Beratung und Überwachung ergeben sich Probleme der Selbstüberwachung. Dies gilt es im Rahmen der Empfehlung zur wechselseitigen Kommunikation (DCGK 5.2) zu beachten bzw. klarzustellen.

2.2 Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden (DCGK 5.2)

Wir begrüßen die Empfehlung einer wechselseitigen Kommunikation zwischen Aufsichtsratsvorsitzenden und Investoren über aufsichtsratspezifische Themen. Die noch im Aktiengesetz verankerte Sichtweise, dass die Außenvertretung des Unternehmens nur durch den Vorstand zu erfolgen hat, ist durch spezifische Themenbereiche, in denen der Aufsichtsrat eine originäre Zuständigkeit besitzt, wie z.B. bei Fragen der Personalpolitik, insbesondere der Berufung oder Abberufung sowie der Vergütung von Vorständen, nicht mehr zeitgemäß. Daher ist es erforderlich den sog. Investorendialog zu ermöglichen. Ferner ist die klare Festlegung, dass Gesprächsthemen, welche Vorstand und Aufsichtsrat tangieren, nicht allein vom Aufsichtsratsvorsitzenden geführt werden, positiv zu würdigen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Aufgaben klar verteilt sind: Der Vorstand ist für die Strategie verantwortlich, der Aufsichtsrat überwacht die Einhaltung der strategischen Entscheidungen auch im Sinne einer Follow-Up-Berichterstattung. Insbesondere vor diesem Hintergrund gewinnt unser langjähriger Vorschlag, erst die Überwachung und dann die Beratung zu nennen, um dem Vorwurf der Selbstprüfung zu entgehen, erneut an Bedeutung (DCGK 5.1.1). Operative Aufgaben sind primär die Aufgaben des Vorstands. Demgemäß sollten beispielsweise Fragestellungen zur Unternehmensstrategie allein vom Vorstand oder von Vorstand und Aufsichtsrat im Kollektiv beantwortet werden.

2.3 Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats (DCGK 5.4.1)

Die Erstellung eines Kompetenzprofils für das Gesamtgremium ist u.E. positiv zu würdigen. Es ist zu begrüßen, dass die für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats erforderlichen Qualifikationsanforderungen in Summe ein aggregiertes Gesamtkompetenzprofil im Aufsichtsrat ergeben, über welches transparent berichtet wird und konkrete Ziele benannt werden.

Darüber hinaus begrüßen wir die Aufnahme des Begriffs „angemessen“ im Kontext der Zusammensetzung. Somit wird verdeutlicht, dass Unternehmen, welche bereits hohe Standards in diesem Kontext erreicht haben und diese oder vergleichbare Standards aufrechterhalten, dem Kodex weiterhin entsprechen. Durch die zusätzliche Aufnahme dieses Begriffs wird das bloße Aufrechterhalten der hohen Standards u.E. positiver gewertet als zuvor und ist demnach mit dem Sinn und Zweck des Kodex zu vereinbaren.

2.4 Vergewisserung über zeitliche Verfügbarkeit von Kandidaten (DCGK 5.4.1)

Wir begrüßen die Veröffentlichung von Lebensläufen der vorgeschlagenen Kandidaten sowie Übersichten über wesentliche Tätigkeiten neben dem Aufsichtsratsmandat auf der Webseite der Unternehmen. Derartig wird die Zusammensetzung des Aufsichtsrats transparenter. Ferner wird der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, sich vorab ein Bild darüber zu machen, ob der Kandidat in der Lage ist, dem Mandat ausreichend Zeit widmen zu können. Hinsichtlich des Ziels, auf der Hauptversammlung die Kandidaten zu wählen, die den erwarteten Zeitaufwand erbringen können, erscheint eine solche zusätzliche Offenlegung als durchaus sinnvoll.

2.5 Vergütung des Aufsichtsrats (DCGK 5.4.6)

Entsprechend unserer letzten Stellungnahmen ist u.E. nur eine erfolgsunabhängige Aufsichtsratsvergütung mit der Überwachungsfunktion des Aufsichtsrats vereinbar. Dies stärkt die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder. Unternehmen, die dieser Argumentation bereits folgen, sind z.B. die Allianz SE, die Daimler AG und die Siemens AG. Diese Unternehmen betonten bereits in der Vergangenheit, dass eine angemessene feste Vergütung besser geeignet sei, der unabhängig vom Unternehmenserfolg zu erfüllenden Kontrollfunktion des Aufsichtsrats Rechnung zu tragen. In DCGK 5.4.6 sollte daher ausschließlich eine erfolgsunabhängige Aufsichtsratsvergütung vorgesehen werden. Dem „comply or explain“-Prinzip entsprechend stünde es den Unternehmen weiterhin offen, eine erfolgsabhängige Aufsichtsratsvergütung zu gewähren. Allerdings wäre es erforderlich zu begründen, weshalb diese nicht die Unabhängigkeit gefährdet. Dies wäre u.E. eine sinnvolle Information für die Kapitalmarktteilnehmer. Des Weiteren regen wir an, dass sich die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats in erster Linie an dem zunehmenden Umfang ihrer Tätigkeit orientieren sollte. Bei der Vergütung ist dabei, wie nach dem derzeitigen Stand des DCGK gefordert, ein angemessenes Verhältnis zu der Lage der Gesellschaft zu berücksichtigen. Selbstverständlich können Aufsichtsräte privat Aktien erwerben, um am nachhaltigen Erfolg des Unternehmens teilhaben zu können. In diesem Falle sind sie als „Insider“ dem „Directors Dealing“ unterworfen. Überdies erlauben wir uns anzuregen, Vorschläge hinsichtlich einer einheitlichen Darstellungsform der Aufsichtsratsvergütung zum Zweck einer besseren Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit zu initiieren.

2.6 Financial Experts im Prüfungsausschuss (z.B. DCGK 5.3.2)

Ebenfalls vor dem Hintergrund der Professionalisierung der Aufsichtsratsstätigkeit sowie unserer letzten Stellungnahmen möchten wir uns weiterhin für mindestens zwei Financial Experts im Prüfungsausschuss aussprechen. Bei mindestens einem sollte auch das Vorliegen von Expertise in Abschlussprüfung verlangt werden. U.a. für die Auftragserteilung an den Abschlussprüfer sind Kenntnisse der Abschlussprüfung unverzichtbar. Dies gilt insbesondere im Rahmen der jüngsten regulatorischen Änderungen, z.B. verpflichtende externe Rotation. Darüber hinaus sollte präzisiert werden, was konkret unter Kenntnissen in Rechnungslegung und/oder Abschlussprüfung bzw. unter „besondere[n] Kenntnissen und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren“ (DCGK 5.3.2) zu verstehen ist. U.E. bedingt die Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats im Sinne einer „guten Corporate Governance“, dass z.B. sowohl Kenntnisse der ISA, IDW PS, IFRS als auch des HGB bzw. der übrigen relevanten Rechtsnormen vorliegen. Beispielsweise ist der HGB-Jahresabschluss der Konzernmutter rechtlich weiterhin maßgebend für die Ausschüttung. Auch sind HGB-Kenntnisse unverzichtbar, um z.B. die (Konzern-)Lageberichte beurteilen zu können.

Die rechnungslegungs- und/oder abschlussprüfungsspezifische Expertise der einzelnen Mitglieder sollte auf der Webseite der Unternehmen individuell und transparent nachgewiesen bzw. deren Fehlen angezeigt werden, z.B. durch aussagekräftige Lebensläufe (DCGK 5.4.1). In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass die Angabe einer vorherigen CEO-Tätigkeit nicht grundsätzlich den Nachweis einer Sachkunde in Rechnungslegung und/oder Abschlussprüfung darstellt. Vielmehr kann mit einer vorherigen CEO-Tätigkeit eine allgemeine Finanzexpertise jedoch keine rechnungslegungs- und/oder abschlussprüfungsspezifische Finanzexpertise verbunden sein.

Schließlich möchten wir – entsprechend unserer letzten Stellungnahmen – anregen, eine neue Empfehlung zu prüfen, wonach der Prüfungsausschussvorsitzende (Financial Expert) auf der Hauptversammlung über Fragen zur Rechnungslegung (Jahresabschluss, Konzernabschluss und Lagebericht) und deren Prüfung berichtet. Dies steht im Einklang mit dem Investorendialog, wonach nicht nur der Aufsichtsratsvorsitzende allein berichten sollte. Je nach Geschäftsmodell würde es sich anbieten, dass auch weitere Ausschussvorsitzende bisweilen berichten.

2.7 Zusätzlich erbrachte Leistungen des Abschlussprüfers (DCGK 5.3.2)

Der Änderungsvorschlag sieht folgende neue Formulierung zu der Tätigkeit des Prüfungsausschusses vor: „Der Prüfungsausschuss überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und befasst sich darüber hinaus mit den von ihm zusätzlichen erbrachten Leistungen [...]“. U.E. wird durch diese Neuformulierung dem Befassen mit zusätzlichen erbrachten Leistungen des Abschlussprüfers eine geringere Relevanz zugewiesen als zuvor. Darüber hinaus ist die Regelung im § 107 Abs. 3 S. 2 AktG als zweckmäßig anzusehen und schließlich ausreichend. Vor dem Hintergrund der jüngsten regulatorischen Änderungen, insbesondere der Abschlussprüferreform, sollte sich der Prüfungsausschuss in erhöhtem Ausmaß mit den zusätzlichen erbrachten Leistungen des Abschlussprüfers befassen.

2.8 Evaluierung des Zeiteinsatzes (DCGK 5.4.7)

Hinsichtlich der Evaluierung und Berichterstattung über die Erfüllung der zeitlichen Erwartungen erlauben wir uns den Hinweis auf die Selbstverständlichkeit, dass diese nur bedingt durch eine „Checkliste der Sitzungsteilnahmen“ erfolgen kann. Zwar ist die vorgesehene Transparenz geeignet, disziplinierend zu wirken und die Kapitalmarktteilnehmer angemessen zu informieren, eine qualifizierte Aufsichtsrats­tätigkeit kommt jedoch nicht alleine durch Teilnahme an mindestens der Hälfte der Sitzungen zum Ausdruck. Auch sollte sichergestellt sein, dass nur durch Videokonferenzen (nicht durch die bloße Teilnahme an Telefonkonferenzen) die Hälfte der Sitzungen erreicht werden kann.

Vor dem Hintergrund, dass nach wie vor einige Aufsichtsräte Mandatshäufungen bei großen Unternehmen unterschiedlicher Branchen aufweisen, stellt sich die Frage, ob – gerade im Zeitfenster vor der Hauptversammlung (i.d.R.) im Frühjahr – die notwendigen zeitlichen Ressourcen für eine qualifizierte Wahrnehmung des Mandats zur Verfügung stehen. Bei Unternehmen, die zur unterjährigen Publizität verpflichtet sind (insbesondere Prime Standard-Unternehmen), stellen sich solche Fragen der Zeitaufwandsballungen freilich öfter.

3 Aufgaben des Prüfungsausschusses (DCGK 5.3.2)

Hinsichtlich DCGK 5.3.2 können wir die Intention der Regierungskommission durchaus nachvollziehen. Wir erlauben uns jedoch erneut den Hinweis, dass eine mögliche Aufteilung der Aufgaben des Prüfungsausschusses im Sinne des § 107 Abs. 3 S. 2 AktG auf mehrere Ausschüsse die Transparenz des deutschen Systems der Corporate Governance schwächen kann. Wir sehen es durchaus als einen Vorteil an, wenn die Überwachungsaufgaben bzgl. der Rechnungslegung im weiteren Sinne sowie der Abschlussprüfung nach außen hin klar in einem Ausschuss gebündelt sind.

Allerdings kann in DCGK 5.3.2 der Verweis auf die „Compliance“ entfallen; entsprechend unserer letzten Stellungnahme ist die „Compliance“ kein Gegenstand des § 107 Abs. 3 S. 2 AktG. Sofern eine Hervorhebung der Compliance gewünscht ist, sollte eine eigenständige Empfehlung aufgenommen werden. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass Fragen der Compliance über die Rechnungslegung und Abschlussprüfung deutlich hinausgehen und regelmäßig vom jeweiligen Geschäftsmodell abhängig sind. Insofern sollte es den Unternehmen offenstehen, die Compliance auf verschiedene Ausschüsse aufzuteilen. Darüber hinaus sehen wir auch den neu hinzugefügten Verweis auf „Rechnungslegung“ in DCGK 5.3.2 als nicht notwendig an, da dies auch kein Gegenstand des § 107 Abs. 3 S. 2 AktG ist und zudem durch die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses schon abgedeckt ist.

4 Vorstandsvergütung (DCGK 4.2.3 ff.)

4.1 Zusammensetzung und Vergütung

Auch vor dem Hintergrund der Vergütungsstudie von PwC und der Goethe-Universität begrüßen wir die Konkretisierung der Bemessungsgrundlage von variablen Vergütungsteilen durch den Wortlaut „zukunftsbezogen“, da bisher auch retrospektive Bemessungsgrundlagen herangezogen wurden. Ebenfalls ist der explizite Hinweis, dass „mehrjährige, variable Vergütungsbestandteile, die in die Berechnung anteilig miteinbezogen werden [...] nicht vorzeitig ausbezahlt werden[...]“ sollen, sehr positiv zu würdigen.

4.2 Einflussnahme auf die Vorstandsvergütung

Der Aufsichtsrat soll bei Vorliegen der Tatbestandsmerkmale im Sinne des § 87 Abs. 2 S. 1 AktG die Bezüge des Vorstands auf eine angemessene Höhe herabsetzen. Nach bisherigem Stand wird eine solche Herabsetzung der Vorstandsvergütung nicht im DCGK erwähnt. Wir regen daher an, den DCGK um einen entsprechenden Passus zu erweitern.

Darüber hinaus regen wir eine gesonderte Möglichkeit der Einflussnahme des Aufsichtsrats hinsichtlich der variablen Vergütungsbestandteile an, damit unter Würdigung aller Besonderheiten eine flexible Vorstandsvergütung gewährleistet werden kann.

4.3 Aktienbasierte Vergütung

Bei in Aktien gewährten Vergütungen sollte, neben der Bewertung bei Gewährung und den weiteren geforderten Angaben, immer auch der aktuelle (Gesamt-)Wert publiziert werden. Eine Gegenüberstellung der einstmals gewährten Vergütung und dem Auszahlungsbetrag in Verbindung mit dem Aufwand, könnte in Form einer Zeitachse erfolgen und für mehr Transparenz sorgen.

4.4 Pensionszusagen

Entsprechend unserer letzten Stellungnahme regen wir an, die Transparenz von Versorgungszusagen weiter zu erhöhen, indem ein etwaiger Anspruch auf Auszahlung des Barwerts der Versorgungszusage (z.B. Einmalzahlung oder Ratenzahlung mit zugesagter Festverzinsung) offengelegt werden soll und auch die Ansprüche der Hinterbliebenen, wobei zwischen Ehepartnern und Kindern zu differenzieren ist, publiziert werden sollen. Ebenfalls sollten die Barzuflüsse an Vorstandsmitglieder während der gesamten Vertragslaufzeit auf einer Zeitachse dargestellt werden. Dies vereinfacht dem Leser den intertemporalen Vergleich.

4.5 Mustertabellen zu DCGK 4.2.5 Abs. 3

Darüber hinaus wird nach DCGK 4.2.5 bisher ausschließlich die Darstellung des Versorgungsaufwands (Dienstzeitaufwand nach IAS 19) in den Mustertabellen berücksichtigt. Vor dem Hintergrund einer einheitlichen und übersichtlichen Darstellung von Versorgungszusagen in Geschäftsberichten regen wir zusätzlich an, dass für Versorgungszusagen eine gesonderte Darstellung im Vergütungsbericht abzubilden ist. Hierbei sollen Versorgungsaufwendungen bzw. Pensionsaufwendungen für leistungsorientierte und beitragsorientierte Versorgungspläne sowie Barwerte der Versorgungszusagen der Vorstände, ehemaliger Vorstände und Hinterbliebener dargestellt werden. Darüber hinaus ist eine zusätzlich integrierte Veränderungsrechnung der Versorgungszusagen sehr zu begrüßen, welche Informationen zu Aufwendungen bzw. Erträgen und Neubewertungen insbesondere geleisteter Auszahlungen gibt.

5 Transparenz (DCGK 6.2)

Die Streichung des Wortlauts „[ü]ber die gesetzliche Pflicht zur unverzüglichen Mitteilung und Veröffentlichung von Geschäften in Aktien der Gesellschaft hinaus [...]“ ist u.E. nachvollziehbar und zu begrüßen, da es sich hierbei nur um einen Hinweis auf die gesetzliche Regelung handelt. Die vollständige Streichung des DCGK 6.2 ist u.E. mit dem Ziel einer erhöhten Markttransparenz sowie Marktintegrität schwer zu vereinbaren.

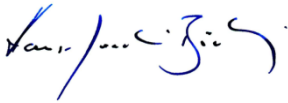
6 Aktionäre (DCGK 2.1.3)

Die Berücksichtigung einer verantwortungsvollen und aktiven Ausübung der Eigentumsrechte der institutionellen Anleger im Rahmen eines konsistenten, transparenten und die Nachhaltigkeit berücksichtigenden Regelwerks können wir durchaus nachvollziehen und befürworten. Dennoch ist der Fokus dieses Passus, der sich insbesondere auf institutionelle Anleger bezieht, u.E. nicht weitreichend genug. Wir empfehlen daher in diesem Kontext eine Ausweitung auf alle Aktionäre und insoweit die Worte „insbesondere institutionelle“ zu streichen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Frankfurt am Main, 15. Dezember 2016



(Prof. Dr. Hans-Joachim Böcking)



(Carolin Althoff, M.Sc.)



(Anika Hanke, M.Sc.)